

Hr. Edward FENECH-ADAMI (Premierminister, Malta) (Simultan-  
übertragung aus dem Englischen): Herr Präsident, Exzellenzen, sehr vereehrte  
Gäste, meine sehr vereehrten Damen und Herren,

Ein Treffen der Staats- und Regierungschefs aller Teilnehmerstaaten der  
Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist ein eher seltenes  
Ereignis. Das gleiche gilt für seinen Zweck. Wenn ich ihn richtig  
interpretiert habe, geht es hier um nichts weniger als die offizielle  
Verkündung einer neuen Pax Europea und die feierliche Legung der Grundsteine  
für die internationalen Organisationen, die hierzu erforderlich sind.

Dieser Einweihungsakt kann nun ausgeführt werden, da das letzte Jahr 1989  
aller Wahrscheinlichkeit nach in die Geschichte eingehen wird als das Jahr, in  
dem der zweite Weltkrieg wirklich beendet wurde. In dem auch die 44 Jahre  
andauernde zweite Phase des Krieges, die nicht enden wollende Phase des Kalten  
Krieges, während der Europa in zwei Teile geteilt war, in der sich wie zu Eis  
gefrorene feindliche Haltungen einander gegenüberstanden, beendet wurde. Und  
diese Eisschicht war so hart, daß der Abtauprozess selber von Helsinki bis  
Paris ganze 15 Jahre in Anspruch genommen hat.

Auf der einen Seite können die Jalta-Vereinbarungen zwischen den  
Großmächten und die Aufteilung Europas in abgegrenzte Hälften jetzt angesehen  
werden nicht nur als die Vorbereitung für das Ende der heißen Phase des  
Zweiten Weltkrieges, nein es war auch die offizielle Erklärung des Beginns der  
kalten Phase des Krieges; eines ideologischen und wirtschaftlichen Konfliktes  
vor dem Hintergrund eines Rüstungswettlaufes und der Einrichtung anderer mit  
dem Kalten Krieg einhergehenden Institutionen von Militärbündnissen und  
politischen Blöcken bis hin zur Berliner Mauer und zur Verbreitung einer  
mythischen Vorstellung voneinander nach dem archaischen Feindbildmuster. Auf  
der anderen Seite ist es so, daß die Schlußakte der KSZE, die in Helsinki im  
Jahr 1975 erstellt wurde, heute angesehen werden kann als Meisterwerk eines  
Friedensprozesses, der dann tatsächlich das Ende des Zweiten Weltkrieges  
einleitete. Ihr haben wir es zu verdanken, daß vor allem die komplementäre

Natur der militärischen und der politischen einschließlich der wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte der Sicherheit zu Tage getreten ist. Und dies kam dadurch zustande, daß sie sich auf die doppelten Themen Rüstung und Menschenrechte konzentrierte.

Es wird vielleicht nicht ausreichend daran erinnert, daß die erste aus der französischen Revolution hervorgegangene Menschenrechtserklärung zeitlich übereinstimmte mit dem Wandel der militärischen Theorie und Praxis, dargestellt durch die neue Einführung der Wehrpflicht und die Zwangseinziehung aller gesunden Männer in die Streitkräfte.

Die Schlußakte von Helsinki veranschaulichte in gewisser Hinsicht die Entwicklung der Menschenrechtsdoktrin von den rein individualistischen, politischen und kulturellen Rechten, die in den ersten Erklärungen anerkannt wurden, bis hin zur Hinzufügung der sozialen und Umweltrechte. Sie wies auch den Weg zu einer entsprechenden Veränderung der militärischen Konzepte, eine Veränderung, die immer noch nicht alle ihre Früchte getragen hat.

Helsinki war jedoch nur der erste Schritt in Richtung eines Abschlusses der politischen Eiszeit Europas. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat begonnen zu einem Zeitpunkt, als sie noch tief verankert war in dem Kalten Krieg.

Damals war es immer noch so, daß es um die Aushandlung zwischen zwei Bündnissen ging, wobei bereits damals der bedeutenden Rolle der USA und der UdSSR bei der Regelung europäischer Angelegenheiten durch die Beteiligung eben dieser beiden Staaten Rechnung getragen wurde. Paradoxerweise versetzte gerade dies diejenigen, die sich außerhalb der militärischen Bündnisse befanden, in die Lage, hier brückenschlagend zu wirken.

Es war im Dezember 1989, im sturmumtosten Hafen von Malta, wo ohne viel Worte in einer fast stummen aber bedeutsam informellen Geste die Nachfolger der beiden Hauptprotagonisten von Jalta öffentlich das Ende des Kalten Krieges erklärten und die Urkunde besiegelten, die die Grundlage für den Abbau der damit einhergehenden Mechanismen darstellte.

Ich bin glücklich, nicht nur persönlich das Privileg gehabt zu haben, dieses Treffen bei mir auszurichten, sondern auch einer der ersten gewesen zu sein, der in Berlin die Trennungslinie überschritten hat. Damals noch von den Resten der Mauer übersät, und auch die Rechte der westlichen Verbündeten über Teile der Stadt waren noch gegenwärtig. Es war mir ebenfalls eine Freude, daß Malta Ziel des ersten Staatsbesuches des Präsidenten eines ungebundenes, von den letzten Fesseln des Krieges befreiten Deutschlands war. Die große Wolke, die unsere jüngste Vergangenheit überschattet hatte, war endlich aufgelöst worden.

Die Aufgabe, mit der wir jetzt konfrontiert sind, ist eine neue: Wir müssen damit beginnen, die Institutionen aufzubauen, die die Grundlage einer neuen Friedensordnung in Europa darstellen können, und das nicht in einem Teil unseres Kontinentes, sondern in ganz Europa, auch wenn noch gewisse Unsicherheiten vorherrschen in bezug auf die Grenzen dieses Europas.

Herr Präsident, ich möchte in diesem Zusammenhang drei Beobachtungen machen. Zum ersten folgendes: Die enge Verbindung, die in der Schlußakte von Helsinki hergestellt wurde zwischen den militärischen und politischen Aspekten der Sicherheit, muß natürlich aufrecht erhalten werden, wobei aber das Schwergewicht immer stärker gelegt werden muß auf die Schaffung des Friedens durch Zusammenarbeit.

Die Verfolgung alternativer Verteidigungspolitiken für ganz Europa muß fortgeführt werden, mit einem immer stärkeren Engagement in Richtung einer Konstruktion einer sorgfältigen Schaffung kooperativer Mechanismen.

Die wirtschaftlichen Faktoren sind nicht einzig ausschlaggebend für die Form unserer Existenz, aber ich denke, daß ganz besonders im Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen die Demokratie noch raschere Fortschritte machen sollte.

Dies gilt zuallererst einmal in all unseren Ländern. Wirtschaftlicher Austausch zwischen Staaten, das wissen wir aus der Erfahrung, ist nicht immer

zwangsläufig ein Mittel für gegenseitige Bereicherung. Es kann sogar leicht ein Mittel zur Unterordnung werden, wenn er nicht zwischen Systemen stattfindet, die miteinander vereinbar sind.

Die Chancen für die Entwicklung eines paneuropäischen Handelsnetzes, welches auf symbolischer, auf einer gleichwertigen Ebene stattfinden würde, diese Chancen werden sicherlich viel größer, wenn unsere nationalen Wirtschaftssysteme demokratischer wären.

Ich möchte diesen Punkt ganz besonders unterstreichen, da die jüngste Geschichte uns gezeigt hat, daß die Entwicklung zum Guten und zum Schlechten in der internationalen Zusammenarbeit von der internen Dynamik der nationalen Volkswirtschaften abhängt, wie auch diese nationalen Volkswirtschaften abhängen von der internationalen Entwicklung und Konjunktur.

Das vielversprechendste Kennzeichen des augenblicklichen Zustandes Europas vom Gesichtspunkt der Einrichtung neuer kooperativer Mechanismen ist die wachsende Übereinstimmung in allen europäischen Ländern in bezug auf die Entscheidung für ein gemischtes Wirtschaftssystem. Ein Wirtschaftssystem, welches Marktkräfte innerhalb einer Sozialstrategie kombiniert, wo die Produktion eingesetzt wird für ein menschliches Wachstum, für die persönliche Entfaltung und das Wachstum der Gemeinschaft, und nicht mehr nur für die Vergrößerung des Staates oder zugunsten des Kapitals.

Meine zweite Bemerkung, Herr Präsident, bezieht sich auf das Sicherheitskonzept. Ich gehe davon aus, daß es in einem breiteren Sinne Sicherheit bedeutet, daß man davon ausgehen kann, daß der Wandel innerhalb einer Gemeinschaft in großem Maße auf einheimische Faktoren zurückzuführen ist, und nicht von außen aufgezwungen wird. Daß der Wandel demzufolge evolutionär verläuft und nicht alles zerstörend wirkt.

Dies bedeutet selbstverständlich, daß Sicherheit auch einen militärischen Aspekt aufweisen muß, solange die Möglichkeit einer Bedrohung von außen existiert. Dies bedeutet aber nicht, daß die bisher gültige militärische

Doktrin, wie in der letzten Phase der europäischen Geschichte, weiter Anwendung finden muß, wobei nur das Rüstungsniveau heruntergeschraubt wird.

Nein, Sicherheit kann durchaus mit einem Systemwandel einhergehen, wenn zum Beispiel defensiven, nicht provozierenden Waffen hier die Präferenz eingeräumt wird und nicht mehr Angriffswaffen. Die Art der Waffen, die man auswählt, entspricht normalerweise dem Bild, welches man vom potentiellen Feind hat, und das Rüstungsniveau entspricht den potentiellen Konfliktgegenständen.

Unser Ziel muß es jedoch sein, so weit wie möglich jeglichen Rückgriff auf Gewalt oder auch auf die Androhung von Gewalt, die explizite oder implizite Androhung von Gewalt, zu vermeiden. Es ist schwer, sich die Verwirklichung dieses Zieles vorzustellen, es sei denn, wir einigen uns auf ein annehmbares System für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Zwei Treffen, die zu diesem Thema stattgefunden haben, in Montreux im Jahre 1978 und in Athen im Jahre 1984, haben jedoch keinerlei bedeutende Fortschritte in diesem Zusammenhang erzielen können.

Im Januar nächsten Jahres werden wir eine dritte Gelegenheit haben, in Malta. Ein dritter Fehlschlag wäre nicht in Einklang zu bringen mit der Richtung, die die Ereignisse in Europa hier eingeschlagen haben, und die wir hier in Paris besiegeln möchten.

Ein anderer Sicherheitsaspekt, den jedes akzeptable System ebenfalls beinhalten muß, ist die Frage der kleinen Staaten, die natürlich sehr viel anfälliger sind, da sie sich nicht verlassen können auf starke nationale Streitkräfte. Die Agression des Irak hat uns die Augen geöffnet dafür, wie notwendig es ist, daß kleinen Staaten eine besondere Beachtung geschenkt wird, wenn ein realistisches Sicherheitssystem entwickelt wird, ein System, welches vielleicht imstande sein muß, Bedrohungen vorzugreifen und auf jeden Fall imstande sein muß, schnell auf sie zu reagieren.

Die dritte Bemerkung, die ich machen möchte, erstreckt sich auf den Mittelmeerraum. Die Tatsache, daß die Schlußakte von Helsinki anerkannt hat, daß Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verbunden sind mit der Sicherheit und der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, ist heute noch genauso gültig wie alle anderen Bestimmungen der Schlußakte.

Es wurden Vorschläge zur Einrichtung spezifischer Foren für die Mittelmeerländer gemacht. Die Schwierigkeiten für die Einrichtung dieser Gremien sind noch nicht überwunden. Bis solche Gremien tatsächlich das Tageslicht erblicken, kann es sich die KSZE nicht leisten, die Probleme der Mittelmeer-Anrainerstaaten zu ignorieren.

In diesem Zusammenhang hat Malta wiederholt Vorschläge für die Einrichtung eines Netzes funktionaler Institutionen vorgelegt, die dann die Grundlage darstellen würden für die Zusammenarbeit trotz aller bestehenden Unterschiede. In jedem Fall ist es so, daß der KSZE-Prozess nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, solange es keine Sicherheit auch im Mittelmeerraum gibt.

Herr Präsident, ich brauche nicht hinzuzufügen, daß Malta die Absicht hat, sich auch weiterhin voll am KSZE-Prozeß zu beteiligen, wie es sich auch an anderen internationalen Organisationen beteiligt. Wir sind zwar ein kleines Land, wir verfügen über bescheidene Ressourcen, aber wir wissen genau, daß es notwendig ist, auf jede geeignete Art und Weise dazu beizutragen, hier auch den Anforderungen einer solchen Organisation und solcher Organisationen nachzukommen.

Nach unserem Treffen hier in Paris werden diese Anforderungen noch zunehmen. Wir sind davon überzeugt, daß die Einrichtung einer neuen Friedensordnung in Europa auch zusätzliche Engagements mit sich bringt, weswegen wir vor zusätzlichen Verantwortungen nicht zurückschrecken werden.

Unser Beitrittsantrag bei der Europäischen Gemeinschaft reduziert in keinster Weise unsere Verhaftung mit Europa als einem Ganzen, dem Europa der

KSZE, dem Europa der Menschen. Wir glauben, daß der Erfolg der KSZE in Helsinki in erster Linie darauf zurückzuführen war, daß er auch die tiefgehenden Bestrebungen der Völker Europas widerspiegelt hat.

Um dieser Stoßrichtung treu zu bleiben, kann der Aufbau des "Europa Major" nicht nach dem überholten Code des Aufbaues einer Nation im 19. Jahrhundert erfolgen.

Es kann sich hier nicht mehr länger nur um eine Sache unter Regierungen handeln. Zahlreiche Kommunikationswege über zahlreiche Kommunikationskanäle müssen gefunden werden, und dies zwischen all unseren Völkern.

Nur wenn dies eintritt, können wir wirklich darauf vertrauen, daß Europa eines Tages nicht mehr länger ein Ort sein wird, wo es gefährlich ist zu leben, wie es unglücklicherweise in praktisch der gesamten Geschichte Europas bis jetzt der Fall war; und wenn dies eintritt, wird dies unserer Dankbarkeit an die französische Regierung und die Pariser Behörden noch größeren Glanz verleihen, Dankbarkeit für die Art und Weise, wie sie diese Sitzung organisiert haben, unter Berücksichtigung der überwältigenden Flut von Inputs, sowie für die großzügige Gastfreundschaft, die sie uns erwiesen haben; eine angemessene Kombination von Herzengaben und Gaben des Geistes, im wahren Sinne ein Symbol der neuen Pax Europea, deren Verkündung Anlaß dieses Treffens war.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

